

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Prof. Dr. Heide Pfarr zu den Indiskretionen in Sachen Flug-Reduzierung: Der freie Zugang nach Berlin wird nicht beeinträchtigt.

Seite 1

Gernot Eler MdB zur jüngsten Entwicklung in der Sowjetunion: Die Perestrojka nach dem Großen Streik.

Seite 3

Dokumentation:

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gebeten, in Hadamar eine Zentrale Gedenkstätte für die Opfer der Nazi-Euthanasie einzurichten. Ihr Brief im Wortlaut

Seite 6

44. Jahrgang / 149

7. August 1989

Der freie Zugang nach Berlin wird nicht beeinträchtigt

Zu den Indiskretionen in Sachen Flug-Reduzierung

Von Prof. Dr. Heide Pfarr

Berliner Senatorin für Bundesangelegenheiten

Ich bedauere, daß unser an die Bundesregierung gerichtetes Schreiben zur notwendigen Reduzierung überflüssiger Flüge von und nach Berlin zur Unzeit in die Öffentlichkeit gebracht und in einer Weise kommentiert wurde, die sachliche Gespräche erschwert.

Schon die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters vom 13. April 1989 unterstrich das Vorhaben des Senats, Flugbewegungen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Es kann keine Rede davon sein, daß dabei der freie Zugang zur Stadt beeinträchtigt werden könne.

Auf dieser Basis hat der Senator für Arbeit, Verkehr und Betriebe eine Unterlage ausgearbeitet, die als Grundlage für sachliche Gespräche mit Beteiligten darüber dienen soll, wie dem Mißstand abgeholfen werden kann, daß die Zahl der Flugbewegungen rascher zunimmt als das Fluggastaufkommen erfordert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Der Bevölkerung sind Belästigungen durch fast leere Flugzeuge nicht zuzumuten. Berechtigte ökonomische Interessen der Luftverkehrsgesellschaften werden bei einer Aufgabe unrentabler Verbindungen nicht verletzt.

Es muß deshalb verwundern, wenn der Bundesverkehrsminister bereits die Aufnahme von Gesprächen schroff und über die Presse ablehnt, ohne den Senat auch nur einer unmittelbaren Antwort zu würdigen.

Der Luftverkehr von und nach Berlin ist ein durchaus ungeeigneter Gegenstand, um aus parteipolitischen Gründen Stimmung gegen den Senat zu machen.

Der Regierungssprecher, der die Gesetze der Ökonomie im Berlin-Verkehr außer Kraft setzen möchte, sei daran erinnert, daß sein Finanzminister gegen den Protest des Senats im Frühjahr die Subventionen im Berlin-Flugverkehr gekürzt hat.

Herrn Schmülling ist auch zu empfehlen, sich zunächst einmal über den tatsächlichen Inhalt der Berlin-Initiative der Alliierten zu informieren, statt sie in einen unsachgemäßen Zusammenhang zum Umfang des Verkehrs in den Luftkorridor zu bringen.

Sollte der Bundesverkehrsminister den Vorwurf planwirtschaftlichen Verhaltens ernsthaft an den Senat richten wollen, so ist ihm eine nachträgliche Befassung mit den Regularien des Luftverkehrs in den Korridoren nach Berlin dringend zu empfehlen.

(-/7.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Perestrojka nach dem Großen Streik

Zur jüngsten Entwicklung in der Sowjetunion

Von Gernot Erler MdB

Am 1. August fiel der Moskauer Führung ein Stein vom Herzen: Ein bereits angekündigter Ausstand der Eisenbahner fand nicht statt. Damit blieb der Große Streik der Grubenarbeiter, an dem sich zwischen dem 10. und 20. Juli 1989 über 300.000 Kumpel beteiligt hatten, vorerst ohne Fortsetzung. Das Feuer, das in diesem Sommer im Kohlebecken von Kuzneck (Kuzbass) seinen Ausgang nahm und sich rasch in praktisch alle wichtigen Kohlegebiete der Union - ins ukrainische Doneck (Donbass), ins kasachische Karaganda, nach Rostov am Don in Südrußland ebenso wie ins nordrussische Vorkuta - durchgefressen hatte, ist nur scheinbar erloschen. Sein Widerschein wird Gorbatschows Perestrojka noch eine Weile beleuchten.

Auch unter den Bedingungen von Glasnost und Perestrojka ist ein Streik etwas Unerhörtes und keineswegs eine längst erwartete Erscheinung im Verlauf der wirtschaftlichen Reformen. Und dann gleich ein Massenstreik in einer Schlüsselindustrie - die Moskauer Umgestaltungsschienen auf der Kippe zu stehen. Die Bild-Zeitung empfahl, für Gorbi zu beten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dies voreilig war. Die Analysen in Ost und West nähern sich in dem Punkt an, daß der Streik der Perestrojka neue Chancen eröffnen kann. Wie ist das möglich?

Streikkomitees als Ersatzregierung

Nachträglich erscheint es nicht so überraschend, daß gerade im Kuzbass die Kumpel mit dem Ausstand begannen. Das Leben in dieser südsibirischen Region ertragen nur harte Burschen. Im Gebiet von Kemerovo, dem Standort der regionalen Streikkomitees, leben 20 Prozent der Bevölkerung in kaputten Häusern oder haben überhaupt keine eigene Wohnung. Kemerovo und Novokuzneck zählen zu den zehn Städten mit der stärksten Luftverschmutzung auf der ganzen Welt. Die Versorgung ist miserabel. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt zehn Jahre niedriger als im Unionsdurchschnitt. Klagen über die Zustände lassen sich bis in den Obersten Sowjet verfolgen, verändert aber wurde nichts. „Als die Arbeiter die Schnauze voll davon hatten, sich das Gerade über die nötige Übergabe der Macht an die Räte (Sowjets) anzuhören, gingen sie auf die Straße und nahmen die Macht einfach in ihre eigenen Hände.“

So beschreibt Jurij Golik in der letzten Ausgabe der „Moskovskie novosti“ die Entwicklung des Streiks und fügt hinzu: „Der Streik ist ein Verzweiflungsschritt des bis zur äußersten Not gebrachten Volkes.“ Golik müßte es wissen: Er ist Abgeordneter und Mitglied des Obersten Sowjet aus dem Kuzbass.

Die Arbeiter nahmen die Macht in ihre Hände? Den Berichten nach ist dies eine ziemlich exakte Beschreibung der Funktionen, die von den sofort gebildeten Streik-Komitees wahrgenommen wurden. Die Leute wußten, was sie wollten. Sie schrieben Listen von Forderungen auf, die sie den eilends entsandten Emissären aus Moskau entgegenhielten. Sie sicherten die „Überlebensfähigkeit“ der Gruben. Sie regelten das Alltagsleben. In Prokopevsk wurden sofort alle Weingeschäfte geschlossen. In einer TASS-Meldung vom 18. Juli heißt es: „Der Schwarzhandel mit Alkohol ist zum Erliegen gekommen, weil die Spekulanten die Arbeiter mehr fürchten als die Miliz.“ In derselben Stadt sollen am zweiten Tag des Streiks plötzlich Mangelgüter in den Geschäften aufgetaucht sein: Instantkaffee, Schokolade, Pralinen, modische Kleidung. Das Streikkomitee verbot (mit Erfolg), die Waren zu verkaufen: man wolle keine Almosen.

In den Vereinbarungen wird später die Zusicherung für Prokopevsk stehen, innerhalb eines Monats eine Sonderzuteilung von 10.000 Tonnen Zucker, 3.000 Tonnen Waschmittel, 3.000 Tonnen Seife, fünf Millionen Dosen Milchkonserven, 1.000 Tonnen Tee und zehn Tonnen Kaffee und Kakao zu erhalten. Das sind keine Almosen mehr, sondern eine beachtliche Verbesserung der Versorgung.

Andere Städte hatten noch ganz andere Forderungen: Kemerovo erhält die Zusage für ein neues medizinisches Zentrum, den Bau eines neuen Heizwerkes und neue Straßen im Wert von zwei Millionen Rubel. Offenbar konnte das Streikkomitee auch den vorläufigen Baustopp des geplanten WasserkraftwerksKrapivinsk am Fluß Tom bis zur Erstellung eines ökologischen Gutachtens erwirken. Mezdurecensk wird eine Kläranlage erhalten.

Gefordert: mehr Fleisch und mehr Reformen

Man kann die Forderungen der Streikenden in verschiedene Zweige aufteilen:

- Rasche Verbesserungen der örtlichen Versorgung,
- Investitionen in die örtliche Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Umwelt,
- Soziale und arbeitsrechtliche Forderungen,
- Veränderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur im Sinne einer Durchsetzung von Gesetzen der Perestrojka,
- allgemeinpolitische Forderungen.

Letztere tauchen nicht überall auf. Im Gebiet Pecora und in Vorkuta sollen die Arbeiter die Übergabe der ganzen Macht an die Räte der Volkswahl des Staatspräsidenten und mit der Abschaffung des 5 6 der Verfassung die Beendigung der Führungsrolle der KPdSU gefordert haben. Sie setzten sich nicht durch.

Aber aus dem dritten und vierten Zweig entstand ein 35-Punkte-Katalog, der von den Moskauer Unterhändlern schließlich für die ganze Kohle-Branche als verbindlich akzeptiert wurde, ein Erfolg, auf dessen Basis Streik-Komitees die Kumpel erfolgreich zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze aufriefen (meist gleich zu Sonderschichten, um einen Teil der Produktionsrückstände aufzuholen).

Die wichtigsten Punkte dieses Abkommens lauten:

- Lohnfortzahlung für die Streikenden und Fortdauer aller Arbeitsrechte während des Streiks,
- Zuschläge von 20 Prozent für Abend- und 40 Prozent zu Nachtschichten ab 1. Juli 1989,
- arbeitsfreier Sonntag,
- Sonderanrechnung der Gruben-Arbeitsjahre und berufstypischer Krankheitszeiten bei der Rentenberechnung,
- Mutterschaftsurlaub bis zu drei Jahren,
- wirtschaftliche und juristische Selbständigkeit der Zechen, Gruben und Betriebe,
- Anhebung der Vertragspreise für Kohle,
- Recht auf Selbstvermarktung auf dem Binnen- wie Exportmarkt von über der Vertragsmenge produzierter Kohle.

Kein Zweifel, die Grubenarbeiter haben sich durchgesetzt. Sie haben gewonnen. Aber wer sind die Verlierer?

Verlierer und Gewinner

Es ist ungemein spannend, die Reaktionen Michail Gorbatschows auf die alarmierenden Meldungen aus den Kohle-Bassins zu verfolgen. Sie hatten vom ersten Tag an eine doppelte Natur. Da ist der Schock über dieses Mittel der Interessenvertretung zu spüren. Da ist die Angst, es könnten unerfüllbare Forderungen auftauchen. Die Sorge, daß die Produktionsausfälle die Wirtschaftskrise verschärfen. Die Mahnung, zwischen kurzfristig erfüllbaren Forderungen und Zielen zu unterscheiden, zu denen nur ein langfristiger Reformprozeß heranführen kann. Die Einsicht, daß es mit Verbesserungen allein in dieser Branche nicht getan ist: „Aber auch andere warten und hoffen.“ Auch die Zweifel, ob Oppositionskräfte wie die „Demokratische Union“ nicht die Situation für ihre nichtsozialistischen Ziele nutzen würden (sie versuchten es, aber mit wenig Erfolg). Direkt daneben wird aber auch sein Gespür für das Schwungrad, das hier lief, deutlich. Am 23. Juli erklärt er im sowjetischen Fernsehen: „Die Arbeiter nehmen die Sache gründlich in ihre Hände. Und das begeistert mich bei

aller Dramatik der Ereignisse sehr." Der Partei- und Staatschef sieht, daß sich die Klagen der Kumpel gegen die örtlichen Unfähigkeiten und die Obstruktion der Bürokratie richten, ihre Forderungen aber auf der Linie der Perestrojka liegen. Er deutet an, daß weitere Personalumbesetzungen nötig sind. „Es kann sich doch keine solche Situation ergeben, daß die Gesellschaft ringsumher tobt und einige Genossen in ihren Büros sitzen und denken: Was geht nur wieder vor sich und mußten wir dies wirklich anfangen?“ Das erklärt er in einer Rede vor regionalen Parteisekretären am 18. Juli, in der er plötzlich wieder mehrfach von der „revolutionären Perestrojka“ spricht.

Gorbatschow hat erkannt: jetzt machen Arbeiterfäuste der Perestrojka Beine. Die Verlierer sind die Bürokraten und Gewerkschaftsfunktionäre. In zehn Tagen erreichen die Kumpel, was sie jahrelang vergeblich einforderten, und der konsternierte Kohleminister Scadov muß es ihnen gar schriftlich geben. Das Tempo zieht an. Fast triumphierend erinnerte der Parteichef den Obersten Sowjet daran, daß die Grubenarbeiter dem Kohleminister nur bis zum 1. Januar 1990 Zeit gegeben haben, die Reorganisation der Betriebe vorzubereiten und ein Steuersystem zu entwickeln, das den auf der Grundlage veränderter Eigentumsverhältnisse wirtschaftenden Gruben ermöglicht, ihre Gewinne zu versteuern.

Und Polibüromitglied Sijunkov, als Feuerwehr nach Kemerovo geschickt, stellte am 23. Juli fest, es wäre zu den Streiks gar nicht gekommen, wenn das im Juni 1987 beschlossene und seit Januar 1988 gültige Betriebsgesetz überall vor Ort durchgeführt worden wäre.

Andere äußerten sich noch viel deutlicher: Am 23. Juli schreibt Anatolij Druzenko in „Moskovskie Novosti“: „Erstaunlich, aber Tatsache: mit Hilfe von Streiks (!) versuchen ‚die Unten‘ die Reformen zu beschleunigen, die sich ‚die Oben‘ ausgedacht haben.“ Im Obersten Sowjet stand in der Woche nach dem Streik ein Abgeordneter am Rednerpult und fragte: „Sagt mal, streiken eigentlich Eigentümer?“ und spielte damit auf die offizielle Definition der Beziehungen der Arbeiter zu den Produktionsmitteln an. Dann gab er sich selbst die Antwort: „Nein, Eigentümer streiken nicht.“ Am brutalsten drückte sich Stanislav Kondrasev, ein Korrespondent der „Izvestija“, am 21. Juli im sowjetischen Fernsehen aus: „Im Westen verteidigt man die Rechte gegenüber den Privatbesitzern und Gesellschaften, die vor allem nach Gewinn streben. Bei uns - gegenüber den bürokratischen, ministeriellen und Parteistrukturen, die - keine Angst vor diesem Wort - die Werktätigen unter dem Vorwand ausbeuten, die Staatsinteressen wahren zu wollen. Dazu sagen die Streikenden basta - es ist genug.“

Streiks auch in Zukunft?

Die reformbejahende Öffentlichkeit der Sowjetunion hat die Chancen für die Perestrojka entdeckt, die dieser Streik mit diesem Verlauf und diesem Ergebnis eröffnet. Es wird nun eine Debatte darüber geben, ob die Streiks als Form sozialer und politischer Willensäußerung nur ein Ventil in Notsituationen darstellen kann oder zur Normalität der neuen sowjetischen Gesellschaft gehören soll. Gorbatschow kann für sich in Anspruch nehmen, die Ereignisse des Juli 1989 schon frühzeitig einkalkuliert zu haben. In seinem Perestrojka-Buch schrieb er 1987: „Wenn die Staatsorgane Probleme von allgemeinem Interesse nicht anpacken, wird das Volk versuchen, sie selbst in die Hand zu nehmen. Wenn das Volk bei Versammlungen immer wieder an die staatlichen Stellen appelliert, von letzteren aber beharrlich ignoriert wird, dann kommt es zu ungewohnten Aktionen an der Basis. Sie sind das unmittelbare Resultat von Versäumnissen in unserer Arbeit.“ (Dt. Ausgabe, S. 70)

Die Frage ist nur, worauf weitere „ungewohnte Aktionen an der Basis“ abzielen. Decken sie administrative Mißstände und mangelnde Umsetzung der Reformgesetze auf, dann werden sie die Umgestaltung beschleunigen, dann kann der Arbeiterstreik zur Antwort auf den „Sitzstreik der Bürokraten“ werden. Konzentrieren sich Protestaktionen aber auf Versorgungsengpässe, wird auf breiter Front verlangt, daß etwas verteilt wird, das einfach nicht vorhanden ist, dann muß Gorbatschow solche Aktionen fürchten.

Daß solche Befürchtungen den Steuermann der Perestrojka umtreiben, haben neue Initiativen noch während der Streiktage gezeigt: Am 18. Juli kündigte Gorbatschow eine zusätzliche „Einfuhr lebensnotwendiger Erzeugnisse“ für zehn Milliarden Rubel an und unterbreitete den versammelten Parteisekretären am selben Tag einen ungewöhnlichen Vorschlag zur Finanzierung weiterer Sozialprogramme - er will ein Drittel der Parteieinnahmen, immerhin jährlich etwa 500 Millionen Rubel, für solche Zwecke nutzen. Wenn andere Branchen den Weg der Kuzbass-Kumpel einschlagen, werden solche Gesten allein nicht den Stoff hergeben, aus dem streikbrechende Abmachungen formuliert werden.

(-/7.8.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Zentrale Gedenkstätte für die Opfer der Nazi-Euthanasie einrichten

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gebeten, in Hadamar eine Zentrale Gedenkstätte für die Opfer der Nazi-Euthanasie einzurichten. Ihr Brief im Wortlaut:

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er bedeutete Mord, Terror und Elend für die polnischen Bürger. Zum Konzept der Eroberung des „Lebensraums im Osten“ gehörte die Ermordung der polnischen Juden, Intellektuellen und psychisch Kranken.

Jenes Konzept zur Vernichtung lebensunwerten Lebens, das anschließend auch im Deutschen Reich die soziale Frage mit der Ermordung der sozial Schwachen ein für allemal lösen sollte, wurde in Polen erprobt und verfeinert.

Insofern ist es durchaus konsequent, daß jener Führererlaß, der dem Mord an den psychisch Kranken in der deutschen Psychiatrie mindestens eine scheinbare Legitimität geben sollte, auf das historische Datum des 1. September 1939 zurückdatiert wurde.

Über 200.000 Menschen wurden im Verlauf der Euthanasie-Aktionen ermordet. An ihnen erprobten die Mörder, unter ihnen viele Ärzte, die Techniken des industriell organisierten Massenmordes.

Die deutsche Psychiatrie der Nachkriegszeit hat die eigene Schuld an der Ermordung ihrer Patienten konsequent geleugnet und verdrängt. Erst nachdem die Generation der Täter nicht mehr praktizierte, konnte sie den Blick auf die Verstrickung der eigenen Fachdisziplin in den Massenmord richten. Seither haben zahlreiche Anstalten in lokalen Geschichtsprojekten den Weg „ihrer“ Patienten in den Tod erforscht und dokumentiert. Wir konnten die Täter genauer betrachten, zulassen, wie eng bei vielen dieser meist jungen Psychiater Fortschrittsglaube und therapeutischer Aktivismus für die „Heißbaren“ mit der Bereitschaft zur Vernichtung der Unheilbaren verzahnt war. Zuletzt konnten wir auf die Überlebenden zugehen, von denen viele bis heute in der Psychiatrie leben.

Die Taten unserer Berufskollegen im Nationalsozialismus sind uns Mahnung, Menschen nicht achtlos auszugrenzen, uns für eine Verbesserung ihrer Lebenschancen einzusetzen.

Von den damaligen Tötungsanstalten befindet sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nur die Anstalt Hadamar. Sie wird bis heute als Psychiatrisches Landeskrankenhaus genutzt.

So wichtig es in den vergangenen Jahren auch war, die lokale Geschichte der Krankenmorde zu untersuchen und zu dokumentieren, gilt es jetzt, die hierbei erzielten Ergebnisse zentral zu sichern. Hadamar hat Symbolkraft für die Nazi-Euthanasie.

Wir regen daher an, in Hadamar eine nationale Gedenk-, Dokumentations- und Forschungsstätte einzurichten.

Wir möchten Sie recht herzlich bitten, die zuständigen Stellen in diesem Sinne zu beeinflussen und die Einrichtung einer solchen Gedenkstätte zu unterstützen. (-/7.8.1989/vo-he/rs)

* * *